

Treffen des Ortsvereins am 19.10.2012

Diskussion über politische Zielvorstellungen der SPD für die Landtags- und Bundestagswahl 2013

Die SPD-Ortsvorsitzende Agnes Göhle und Arnold Poschmann stellten zuerst die Vorteile der von der SPD geforderten Gemeinschaftsschule dar, die möglichst als Ganztagschule geführt werden sollte. In den 5. - 10. Klassen dieser Schule von mindestens 200 Schülern könnte auch die Mittlere Reife angestrebt werden. So würde man wieder die Schule "im Dorf" lassen, denn die wohnortnahe Schule vermeide lange Anfahrtswege.

In der Diskussion hierüber wurde noch ergänzt, dass damit das Schulsterben verhindert werde, denn zunehmend stehen, zum Ärger vieler Kommunen, erst neu errichtete oder erweiterte Schulen leer.

Sodann ging Agnes Göhle auf das nur von der CSU geforderte Betreuungsgeld von 150 Euro für jene Eltern ein, die ihr Kind nicht in eine Kita geben wollen. Fast alle Sozialverbände lehnen dieses Betreuungsgeld ab, weil es nicht zur Integration der Kinder führe. Die hohen öffentlichen Kosten dafür sind eine Fehlinvestition. Arnold Poschmann wies darauf hin, dass es eine eigenartige Politik sei, wenn Eltern 150 Euro dafür bekämen, dass sie eine öffentliche Einrichtung nicht nutzen - eine Prämie fürs Fernbleiben.

Zur Sprache kam auch die Energiewende, von der Bayern besonders betroffen sei, weil die CSU einseitig Kernkraftwerke bevorzugt habe. Unter Stoibers Privatisierungswahn wurden auch die Bayernwerke verkauft und damit eine mögliche Steuerung der Energiekosten aufgegeben. Die verfehlte Energiepolitik von Union und FDP zugunsten der Atomlobby in den Jahren 2009 - 2011 hatte zudem noch Unsicherheit für Planung und Investitionen bei Erneuerbaren Energien gebracht - ein nur schwer zu korrigierender Fehler. In Zukunft, hieß es, seien vor allem die kommunalen und regionalen Energieerzeuger zu unterstützen. Dies führe zu Arbeit für das hiesige Handwerk und zur Wertschöpfung in der Region. Darüber hinaus werde dadurch der Ausbau der teuren Stromnetze verringert. Um den Anteil an Erneuerbaren Energien zu steigern, z.B. Windräder, sei aber mehr Bürgerbeteiligung notwendig, um ein besseres Verständnis dafür in der Bevölkerung zu erzielen. Schließlich könne auch der Klimaschutz nur durch eine erhebliche Steigerung des Anteils an Erneuerbaren Energien ermöglicht werden.

Zur Finanzsituation in Bayern trug die Vorsitzende Agnes Göhle vor, dass die Staatsregierung Bayern bis 2030 schuldenfrei machen wolle, obwohl in den letzten zehn Jahren die Schulden von 16 auf 30 Mrd angestiegen seien, z.T. durch das finanzielle Abenteuer der CSU bei der Bayerischen Landesbank, das zu Verlusten von 3,4 Mrd geführt habe. Ein erheblicher Teil der bayerischen Schulden sind durch dieses Defizit der Bayerischen Landesbank entstanden. Im Ländervergleich ist dennoch die Verschuldung Bayerns günstig. Dies liegt natürlich auch daran, dass in Bayern die Kommunen nur mit einer Verbundquote von ca. 12,5 % gefördert werden. Folge sei aber, dass die bayerischen Kommunen im Ländervergleich die höchste Verschuldungsquote aufweisen. Daher fordert die Landes-SPD eine Verbundquote von 15 %, zumal andere Bundesländer sogar eine Verbundquote von 20 % erreichen.

Der SPD-Forderung von 8,50 Euro Mindestlohn stimmten die Anwesenden zu, denn jeder Arbeitnehmer müsse von seinem Lohn ohne staatliche Unterstützung leben können. Bisher seien 5,8 Mio Arbeitnehmer von einem geringeren Stundenlohn betroffen - ein Skandal im Vergleich zu

vielen EU-Ländern und den USA. Arnold Poschmann informierte noch über die von der Bundespartei beabsichtigte Anhebung der Einkommenssteuer von bisher 42/45 % auf 49 %. Dies treffe erst bei einem zu versteuernden Einkommen ab 100.000 Euro/Verheiratete 200.000 Euro zu. Dadurch erwarte man Mehreinnahmen von ca. 6 Mrd Euro. Gerade die hohen Einkommen sollten zur Konsolidierung der Finanzen beitragen. Andererseits erreichen z.B. Selbständige mit einem zu versteuernden Einkommen von 53.000 Euro bereits den Spitzensteuersatz von bisher 42 %. In der Diskussion darüber wurde erwähnt, dass Selbständige nur einen begrenzten Teil für Altersvorsorge und Krankenversicherung steuerlich absetzen können. Die "kalte Progression" sollte bei einer Steuerreform berücksichtigt werden.

Weiterhin berichtete die 1.Vorsitzende aus dem Gemeinderat. Herr Gereon Engel erklärte sich bereit als 2.Behindertenbeauftragter der Gemeinde tätig zu werden. Erfreut zeigte sich 1.Bürgermeister Rainer Schroll dass die Bahn sich bereit erklärt hat auf eine Länge von 540 Metern die Gleise auszuwechseln. Dies wird Anfang Dezember in Angriff genommen. Somit hofft der Gemeinderat dass wieder Ruhe in Vachendorf einkehrt.

Arnold Poschmann